

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einseitige Anzeigens-
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 30 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Admistr. 96.

Fernsprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Wich. Hein, Bad Ems 1

Nr. 223

Bad Ems, Montag, den 29. September 1919

71 Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

Ein Ultimatum der Entente.

Paris, 28. Sept. Der „Temps“ meldet: Der Rat der Entente beschloß heute, durch den Rat der Entente eine letzte Note zu überreichen, in der die sofortige Räumung der baltischen Provinzen von den Russen und die Truppen des Generals Goltz verlangt wird. Wenn die deutsche Regierung dieser Forderung nicht Folge leisten würde, würden sofort Maßnahmen getroffen, die besonders umfassen: 1. die Räumung jeder Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung Deutschlands, 2. den Abbruch aller Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland, 3. die sofortige Einstellung der deutschen Kreditbeschaffung.

Der deutsche Notetat angenommen.

Berlin, 28. Sept. Der „Völk. Abg. Btg.“ zu dem Reichstag in seiner Sitzung vom Samstag hat den Notetat einstimmig angenommen.

Vertrauensvotum für Noske.

Berlin, 28. Sept. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat die Konferenz der sozialdemokratischen Parteifunktionäre in Berlin dem Reichswehrminister Noske ein Vertrauensvotum erteilt.

Der Eintritt der Demokraten in die Regierung.

Berlin, 28. Sept. In dem Eintritt der Demokraten in die Regierung erklärt das „Berl. Tagebl.“, daß heute nachmittag die Fraktionsvertreter der Demokraten, der Sozialdemokratie und des Zentrums zu der Sitzung der Reichsregierung zusammengetreten werden.

Neuwahlen in Frankreich?

Paris, 28. Sept. Im Senat brachte Gaudis einen Antrag ein, die Session des Senats und der Kammer sofort zu schließen und am 1. November eine konstituierende Nationalversammlung wählen zu lassen, um festzustellen, ob es sich lohnt, die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich, der Türkei und Bulgarien zu ratifizieren, oder ob die Republik zu wählen und alle notwendigen Gesetze zu erlassen.

Sitzung des Reichsrats.

Im Bundesratssaal des Reichstages tagte Freitag nachmittag der Reichsrat in öffentlicher Sitzung. Der Reichsrat hat eine Reihe von Beschlüssen und Gesetzentwürfen angenommen. Der Ausschuss für die Reichsregierung hat einen Antrag Preußens auf Einrichtung

eines an preussischen Universitäten und Hochschulen für Kriegsteilnehmer einzurichtenden Zwischensemesters für die Zulassung zur medizinischen Prüfung nachzuweisen. Zur Beratung einer Geschäftsordnung des Reichsrates wird ein Ausschuss gebildet werden. Den Mitgliedern des Reichsrates wird aber zunächst ein Vorbericht einer Geschäftsordnung zugehen. Es folgt mündlicher Bericht über den Entwurf einer Abänderung des Branntweinmonopols und über den Entwurf einer Abänderung über zugulassende Abweichungen von dem Gesetz während des Betriebsjahres 1919/20. Eine Beschwerde des Reichsmonopolamts für Branntwein über die Festsetzung der Preise im Gemeinschaftsbeschluss der Reichsmonopolverwaltung und des Beirates wurde zur nochmaligen Behandlung mit den angeführten Körperschaften an das Reichsmonopolamt zurückverwiesen. Mit dem weiteren Verlauf der Tagesordnung behandelte der Reichsrat den bereits mitgeteilten Antrag des bayerischen Vertreters auf Einsetzung eines Untersuchungs- und Ueberwachungsausschusses von Mitgliedern des Reichsrates und der Nationalversammlung oder des späteren Reichstages für die Kriegsgesellschaften. In seinem Bericht darüber führte der sächsische Vertreter Graf Holzdorff aus, daß der bayerische Antrag in völliger Uebereinstimmung mit der sächsischen Regierung gestellt worden sei. Er entspreche einer Forderung weitestgehender Volkstreue und werde vermuthlich auch einer großen Anzahl von Kriegsgesellschaften nicht unerwünscht sein, die auf das Vertrauen der Öffentlichkeit Wert legen und bereits durch Treuhänder eine Prüfung ihrer Geschäftstätigkeit veranlaßt hätten. Der Ausschuss werde sich allerdings noch nicht gleich mit den heftig angegriffenen Viehhandelsverbänden befassen können, da für diese die einzelstaatlichen Verwaltungen zuständig seien. Reichsfinanzminister Erzberger gab die Versicherung, daß die Reichsregierung den Beschluss entschieden unterstützen werde. Der bayerische Vertreter erklärte das Vorgehen Bayerns aus dem Grunde, „über die Sünden wie über die Verdienste der Kriegsgesellschaften“ Klarheit zu schaffen, um das Mißtrauen des Volkes zu beseitigen. Der Beschluss wurde einstimmig angenommen, und der Reichsfinanzminister sagte nochmals ausdrücklich rasche Arbeit in der Förderung der Absichten des Beschlusses zu. Danach tagte der Reichsrat in nichtöffentlicher Sitzung weiter.

Verkehr mit dem unbefetzten Deutschland.

Das Volkswirtschaftsamt gibt folgende Bestimmungen bekannt: A. Ausreise aus dem von den Amerikanern besetzten Gebiet.

Ausreisegesuche nach dem unbefetzten Deutschland sind nach Befriedigung durch den zuständigen Bürgermeister von dem Antragsteller persönlich in der Zeit von 9–11 Uhr vormittags und 2–4 Uhr nachmittags der amerikanischen Hauptkonsulate in Coblenz zur Stempelung vorzulegen,

auch dann, wenn das unbefetzte Deutschland nicht unmittelbar, sondern unter Passieren von französisch, britisch oder belgisch besetztem Gebiet betreten werden soll. Die im Bräuntingsgebiet gelegenen Pässe Montabaur, Heddesdorf und Rengsdorf kommen für eine solche Stempelung nicht in Betracht. Die Genehmigung zur Ausreise wird nur erteilt, wenn die Reise nachweisbar durch Vorlage entsprechender Unterlagen dringend notwendig ist. Die Erlaubnis zur Rückreise in das unbefetzte Deutschland wird erteilt, wenn der Einreisepass gleichzeitig vorgelegt wird. Ergibt sich, daß die auf diesem vermerkte Einreisebauer überschritten ist, muß eine schriftliche Begründung (ärztliches Attest usw.) hierfür beigebracht werden.

B. Aus dem von den Franzosen besetzten Gebiet.

Anträge sind an die französischen Pässe in Diez und St. Goarshausen zu richten. Eine Erlaubnis wird nur ganz ausnahmsweise erteilt.

Abchnittskommandeur der neutralen Zone III in Munsel a. d. Lahn und Unterabchnittskommandeur in Limburg a. d. Lahn vermitteln keine Gesuche um Ausreise, weder aus dem amerikanisch noch aus dem französisch besetzten Gebiet.

Die besetzten Gebiete.

Gegen eine Rheinische Republik. Das demokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung Janßen teilt in der „Rheinischen Zeitung“ mit, daß vor kurzem in Köln Vertreter aller rheinischen Parteien (ausgenommen allerdings das Zentrum) zusammengetreten und sich dahin verständigt haben, eine gemeinsame Entschlüsselung zu unterzeichnen, wonach alle diese Parteien, also die Deutsche nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und auch die Unabhängige sozialdemokratische Partei, diejenigen Mitglieder aus ihren Reihen ausstoßen, die hinfür noch öffentlich für den Gedanken der Rheinischen Republik eintreten.

Anerkennung der Arbeitergesetzgebung durch die Besatzungsmächte. Der „Mainzer Anz.“ berichtet: Der französische Kommissar in Bingen gibt bekannt, daß das Streikverbot im Bereich der 10. Armee aufgehoben ist. Unter einigen Vorbehalten, die nur Formfragen betreffen, besitzen die deutschen Arbeiter, Arbeitgeber, und Behörden im Bereich der 10. Armee das von der deutschen Gesetzgebung geschaffene Recht, das sie in den Stand setzt, in fast allen Fällen mit eigenen Mitteln zu einer schnellen Lösung zu kommen. Erst im Fall des Mißerfolges läge es dann an der französischen militärischen Besatzungsbehörde, je nach der Schwere des Falles darüber zu befinden, wie und ob sie einschreiten will. Vom Kreisamt Worms wird bekanntgegeben: Die französische Behörde hat gestattet, daß die Verordnung vom 23. Dezember 1918, betreffend die Tarifverträge, Arbeiterausschüsse und Schlichtungsausschüsse, im besetzten Gebiet in Kraft tritt.

Marianne.

Robelle von Fritz Ganser.

Nachdruck verboten.

Und dann kam plötzlich das Gefühl einer körperlichen Schwäche über sie. Es schien ihr, als wenn das ganze Zimmer sich im Kreise drehe und der Boden unter ihren Füßen entwich.

Sie zog die Hutnadel aus ihrem weichen, vollen braunen Haar und schoberte den großen Rembrandthut auf den Tisch. Ihre letzte Kraft trug sie noch bis zu dem Bett, auf dem sie sich mit einem stöhnenden Laut warf. Wie leblos lag sie nun ihre schlafende Gestalt, nur die trockenen, starrten Augen irrten suchend durch den Raum. Endlich glingen sie in die Beiten und fanden am Horizont des vergoldeten Goldnezes des Abends, an dessen rosigen, wolkenumfäumten Bändern der Blick sich festsetzte, als müsse er aus ihrem stillen Glänzen die Antwort lesen, die bisher nichts zu geben vermochte.

Sachte, wie das letzte Lächeln eines müden Kindes, sah sie ihre Seele hinübergleiten in das Traumland, von dem keine Seele hinübergelitten am Abendhimmel. Und die letzten purpurnen Farben des sonnigen Herbsttages waren von den Schatten der hereinrückenden Nacht umglossen wie ein Schemen.

Ein grauer, nebliger Herbstabend schaute bald mit einem unheimlichen Gesicht in die Fenster der Giebelstube, wo um die wenigen Gegenstände gespenstische Schattengewänder und sah verständnislos in das bleiche, bewegungslose Antlitz Mariannes, in dem nun auch die letzten, suchenden Augen geschlossen waren.

Ein tiefer traumloser Schlaf, die natürliche Folge der körperlichen Erschöpfung und seelischer Erschlaffung, umgloss die müde, tröstlose Seele.

Die Schlafende wurde lebendig durch das laute Rufen Mariannes, die sie zum Abendessen rufen sollte, nicht gewacht. Sie vernahm auch nicht den wiederholten Ruf: „Marianne!“ Leberrecht Jenseits, der sie zwei Stunden später zur Abenddinner hinabzuholen beabsichtigte.

Sie wird sehr müde gewesen sein“, murmelte er und schloß die Augen, als er sich auf den Zehenspitzen von der Tür fortstieß. Und mit Rücksicht darauf verzog er ihr, daß sie die erste Andacht in seinem Hause ver-

Dennoch veranlaßte er ihr Ziehen. Hatte er doch gehofft, daß schon an diesem Abend ein keimkräftiges Samentorn des göttlichen Wortes in ihr dunkles Herz fallen würde. Denn er war nach vielem Ueberlegen und reiflicher Erwägung zu dem Entschluß gekommen, den treuen Hirten Jesus, der die in der Irre Gehenden sucht und sich über sie erbarmt, durch Verlesung des Gleichnisses vom verlorenen Schaf vor ihre Seele zu malen. —

Die empfindliche Kühle der Herbstnacht erweckte Marianne endlich aus dem festen Schlaf.

Sie fuhr wie auf und sah sich in der sie umgebenden tiefen Dunkelheit verständnislos um.

Langsam kam ihr das Erinnern wieder, und sie fand sich zurecht.

Tröstend erhob sie sich und lauschte minutenlang mit bangklopfendem Herzen. Kein Geräusch, kein Laut unterbrach die tiefe, heilige Stille der Nacht, die ihren dunklen Mantel über die ruhende Erde breitete. Das Haus und die ganze kleine Stadt lagen wie erstorben. —

Leise und vorsichtig, als befürchte sie, den wunderbaren Frieden durch laute Schritte stören zu können, ging sie, noch schlaftrunken, zum Fenster und lehnte sich hinaus.

Am dunklen Nachthimmel glimmerten unzählige Sterne, und über dem fernen, einer biden fließschwarzen Linie gleichenden Kiefernwaldes stieg der Mond auf. Aber Mariannes Blick richteten sich nicht vertrauensvoll empor zu den glänzenden Lichtern des Himmels. Sie sah nur die Dunkelheit der Erde.

Da glänzte kein Licht. —

Ja, doch! Dort drüben, in dem Hause neben dem massigen, verschwommenen Bau der Gertraudtenkirche, glimmerten noch zwei erleuchtete Fenster.

Hinter ihnen sah Pastor Jacobsen über seiner Sonntagspredigt.

Er ahnte es nicht, daß die dunklen Augen Mariannes, diese spöttisch blickenden, dunklen Augen, die ihn in seinem Gedankengange heute so oft störten, daß er häufig sinnend vor sich hinstarrte und die Feder untätig in der Hand hielt, an diesem einzigen Lichtschein sich festhielten. —

Da schloß die Türmuhr von St. Gertrauden ihre ruhigen, melodischen Klänge über die stille Stadt.

Marianne zählte mechanisch und erschraf, daß es schon Mitternacht war.

Mit dem Verhallen des letzten Schlages erfolch auch

der Lichtschein neben der Gertraudtenkirche. Marianne dachte es, als wenn mit seinem Schwinden eine letzte Hoffnung von ihr ginge.

Leise erschauernd schloß sie die Fenster und entkleidete sich.

Aber der Schlaf kehrte erst wieder, als Hannesrieder Lorenzen schon lange vor dem stillen Hause vorbeigeschlurrt war und die dritte Morgenstunde abgerufen hatte.

3. Kapitel.

Male Lindauer war in ihren Entschlüssen von jeher konsequent gewesen.

Ihr Vorsatz, sich an Marianne zu rächen, machte in dieser Beziehung keine Ausnahme. Er haßte in ihrer Seele wie eine Klette im Haar. Mit ihm begab sie sich am Tage der Ankunft Mariannes zur Ruhe, ihm galt ihr erster Gedanke am nächsten Morgen.

Ihr Gewissen versuchte zwar gegen die Rachegelüste zu rebellieren und hielt ihr das Wort der Schrift: „Rächet euch selber nicht, meine Liebsten!“ vor die Augen. Aber sie wußte sich allen Beeinflussungen durch eine ganz eigentümliche Logik zu entziehen. Sie dachte nämlich: „Diese Marianne Geseus ist eine Gottlose, eine Heidin. An Heiden aber darf man sich rächen; denn sie verdienen es nicht besser.“ Der Schluss war ganz einfach; denn er ergab sich von selbst. —

Marianne schlief weit in den Tag hinein. Erst in der zehnten Stunde kam sie aus ihrem Zimmer herab. Trotz des langen Schlafes fühlte sie sich elend müde und zerschlagen. Ein wütendes Kopfweh peinigte sie, und um ihre Augen lagen dunkle Ränder.

Male trug unwirsch und äußerst übelgelaunt das Frühstück auf und nötigte mit einer unfreundlich gesprochenen Einladung zum Kaffeetrinken.

Marianne tat sich Zwang an, etwas zu genießen. Sie trant im Stehen eine Tasse von dem dünnen, nur halbwarmen Kaffee. Etwas zu essen, vermochte sie nicht.

Dann wollte sie wieder nach der Giebelstube hinauf, um sich zu einem Spaziergange zu rufen. Eine wilde, heiße Sehnsucht nach dem reinen, klaren Odem des Herbstmorgens hatte sie gepackt. Sie mußte hinaus! — Im Hause meinte sie ersticken zu müssen.

Fortsetzung folgt.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

— Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: 1. die japanische Regierung machte gemäß der Entscheidung der Pariser Konferenz den Vorschlag, die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen, ohne die Ankunft der mit dem Abtransport beauftragten deutschen Kommission abzuwarten. Die Bereitwilligkeit der schweizerischen Gesandtschaft in Tokio, sich um alles Erforderliche zu kümmern, läßt eine glatte Abwicklung des Abtransportes erhoffen. 2. Es besteht Hoffnung, daß der Dampfer „Koon“, der die Besatzungen der in Niederländisch-Indien ausgelieferten deutschen Schiffe abholen soll, gleichzeitig die in Ahmednagar (Bornerindien) befindlichen Deutschen mitbringt, soweit Platz vorhanden ist. — Die Reichszentrale teilt ferner mit, daß in den Durchgangslagern bis einschließlich 23. September rund 37 500 Heimkehrer eingetroffen sind.

— Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske begrüßten im Durchgangslager Göttingen die heimgekehrten Kriegsgefangenen. Präsident Ebert hielt eine Ansprache, in der er den Heimgekehrten für ihre treuen Dienste und für ihr Aushalten dankte. Er führte in seiner Rede weiter folgendes aus: Die junge deutsche Republik, zu der sich das alte tapfere Reich in schmerzlichen und bitteren Kämpfen entfaltet hat, braucht jetzt entschlossene und ausdauernde Männer, wenn sie wieder zu einer wahrhaft schützenden Heimat werden soll. Aber neben dem Tageswerk, an das die bittere Not der Volksgemeinschaft ruft, steht in dem neugefalteten Deutschland ein zweites: die Freiheit in der Freiheit, Freiheit der Meinung, staatsbürgerliche Gleichberechtigung verbürgt die deutsche Verfassung, gleiches Recht für alle. Wenn Sie das kameradschaftliche Zusammenhalten, das Sie durch harte Jahre schätzen gelernt haben, mit hineinbringen in unser zerklüftetes Volk, so dürfen wir in Ihnen die Vorkämpfer der höchsten Freiheit sehen. Es wird in Deutschland vorwärts und aufwärts gehen, trotz allem.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 26. September.

Zur Beratung steht der Haushalt für das Finanzministerium mit den dazu gehörigen Anträgen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt, die Verordnung der preussischen Regierung vom 10. März 1919 über die Verordnung der Hofbeamten und ihrer Hinterbliebenen zu genehmigen. Er beantragt weiter eine Reihe wirtschaftlicher Vorhaben an die Beamten sowie Volksschullehrer und Lehrerinnen, die Festlegung der Rechte auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, des Schutzes gegen Entziehung von Amt und Einkommen in der Versetzungsurkunde und Anrechnung der Kriegsjahre als anderthalbfache Dienstzeit. Die den Staatsbeamten gewährten Rechte und Vergünstigungen sollen auch den Beamten der Selbstverwaltung zugute kommen. Die Ausschüßanträge werden vom Abg. Schubert (Soz.) zur einstimmigen Annahme empfohlen.

Notstandsdarlehen an Privatangestellte.

Abg. Dr. Teves (Zentr.) als Angestellter und Berichterstatter wies auf die Notlage in den Kreisen der aus dem Heeresdienst entlassenen Privatangestellten hin und begründete die Zweckmäßigkeit einer Ausdehnung der bestehenden Kriegshilfsklassen auf diese Kreise.

Abg. Schümer (Dem.) befragt die Regierung namens seiner Partei, welche Vorkehrungen sie treffen werde, um freiverwendendes fiskalisches Gelände der Boden Spekulation zu entziehen.

Ein Regierungsvertreter erwidert, die Regierung habe von Anfang an Bedacht darauf genommen, freiverwendendes Gelände der Spekulation zu entziehen.

Finanzminister Dr. Siedel: Bevor wir in die allgemeine Erörterung eintreten, möchte ich eine Presseangelegenheit zur Sprache bringen. In der „Post“ befand sich gestern in großer Aufmachung auf der ersten Seite eine Mitteilung, worin es heißt, daß in der vertraulichen Konferenz Maßnahmen zur Verhütung des Staatsbankrotts besprochen wurden, der Kurssturz der Banknoten sei nicht aufzuhalten, es solle auch eine Konvertierung der Kriegsanleihe stattfinden. Jedenfalls seien Dinge jutage getrieben, daß nur eine radikale Neuordnung der Finanzen den Untergang Deutschlands verhüten könne. Diese Notiz (die der Minister ausdrücklich verliest) ist von A bis Z erlogen. (Ebert, lacht.) Die Widerlegung wurde durch eine ganz kleine kaum erkennbare Notiz bewirkt. Auch die „Tägl. Rundsch.“ bezieht sich an der Spitze. Ich habe gestern sofort die Presse benachrichtigt, daß diese Nachricht erlogen ist, und damit verhindert, daß spekulative Absichten, die vielleicht auch mit der Nachricht verbunden waren, nicht zur Wirkung kamen. Wehe dem Volke, das eine solche Presse sein eigen nennt, die die Verantwortung vor dem eigenen Volke mit Füßen tritt. (Beifall.)

Abg. Bergt (Dr. Sp.): Wenn sich das bestätigt, was der Minister sagt, so halten wir das Vorgehen der „Post“ nicht für richtig. (Lachen links.) Wenn wir unsere Eisenbahnen 1921 an das Reich abgeben, so müssen sie in einem Zustand sein, daß wir das Reich nicht schädigen und daß wir zugleich auch eine annehmbare Entschädigung verlangen können. Der Tiefstand unserer Wärate im Ausland rührt daher, daß wir unseren Import aus dem Ausland nicht mit Waren, sondern lediglich mit unserer nagelklügelten Marknote bezahlen müssen, von der kein Mensch in der Welt mehr etwas wissen will. Um Ordnung zu schaffen,

bedarf man eines entschlossenen Ordnungsprogramms, hinter dem der Wille zur Ordnung steht und die Macht, diesen Willen durchzuführen. (Unruhe links.)

Abg. Heilmann (Soz.): Ich kann dem Abg. Bergt nur mein Kompliment machen für die außerordentliche geistige Beweglichkeit, die er und seine Partei durch die Aufstellung eines solchen Ordnungsprogramms an den Tag gelegt haben. Das Programm des Abg. Bergt enthält mit verschwindenden Ausnahmen alte liebe Bekannte aus dem Programm, welches die kleine sozialdemokratische Fraktion im Dreiklassenparlament vertreten hat.

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Der Zeitpunkt für die Vermögensabgabe ist so ungünstig wie nur möglich gewählt. (Sehr richtig.) Es ist die politische Pflicht der Nationalversammlung, genau zu prüfen, wie es sich mit der Behauptung Ergbergers verhält, daß der Verband nicht seine Hand auf das Notopfer legen könnte. Nur die Gewißheit, daß der Verband nicht zugreifen kann, würde das Opfer rechtfertigen. Mit der Sozialisierung soll man nur bei solchen Betrieben vorgehen, die dafür reif sind. Eine zu weitgehende und wirtschaftliche Sozialisierung wäre ein verhängnisvoller Fehler.

Abg. Leid (U. L.): Wir wünschen, daß die Beamten sich frei nach allen Richtungen bewegen können. Sie müssen die Mittel an der Hand haben, um sich gegen ungerechtfertigte Verabschiedung zu wehren. Die Steuern gehen noch nicht weit genug in der Heranziehung der Leute, die sich im Kriege bereichert und während des Krieges zu seiner Fortsetzung gehegt haben. Die Besorgnis des Vorredners, daß zuviel sozialisiert werden könnte, ist hinjällig. Das Gegenteil ist richtig. Die Sozialdemokraten in der Regierung haben sich den bürgerlichen Parteien verschrieben.

Darauf wird nach 5 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

Deutschland.

Verteuerung des Reichshaushalts. Der Nationalversammlung sind eine Anzahl Ergänzungen zum Reichshaushalt zugegangen, die erhebliche Mehrforderungen enthalten. Für die Reichskasse werden 263 340 Mk. Mehrforderungen angemeldet, wovon allein 175 000 Mk. auf die Unterhaltung des Dienstgebäudes und des Gartens des Reichskanzlers und die Ausschmückung seiner Räume mit Pflanzen und Blumen entfallen. Von dieser Summe dienen 80 000 Mk. zur Wiederausbesserung der durch die Revolution entstandenen Schäden. Für die Prehabilitation, die mit derjenigen des Auswärtigen Amtes unter einem Ministerialdirektor (Dr. Ulrich Raufcher) vereinigt werden soll, wird ein Vortragender Rat gefordert. Beim Reichsernährungsministerium fällt infolge seiner Vereinigung mit dem Reichswirtschaftsministerium der Betrag von 123 000 Mk. fort. Der Etat der Reichsjustizverwaltung erhöht sich in den fortwährenden Ausgaben um 21 630 Mk., bei denen die Haltung eines Kraftwagens für den Minister mit halbjährlich 15 000 Mk. die Hauptrolle spielt, und im außerordentlichen Haushalt um 5 Millionen als Kosten der Preisenrichtbarkeit und der Schadenersatzleistungen im preisenrichtlichen Verfahren. Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums weist bereits die Kosten der reichsweiten Steuerverwaltung auf. Für das Ministerium werden 3 Direktoren, 12 Räte und 5 Hilfsarbeiter angefordert. Die Landesfinanzämter mit 24 Präsidenten zu 20 000 Mk. und 48 Direktoren zu 8 bis 12 000 Mk. Gehalt erfordern halbjährlich 197 Millionen Mk. Das Reichsmonopolamt für Branntwein kostet 148 000 Mk. an einmaligen Ausgaben, für Dienstgebäude und Lehrgänge für die Finanzbeamten ist rund eine Million neu eingestellt. Im außerordentlichen Haushalt sind eingestellt die Ueberteuerungszuschüsse für öffentliche Notstandsarbeiten (305 074 000 Mk.), Erhöhung der Reichsbeiträge für leistungsschwache Gemeinden (10 Millionen), Beihilfen zur bisherigen Kriegswohlfahrtspflege (15 Millionen), Zuschüsse zu den Verwaltungskosten für die zur Unterbringung der Ausländer errichteten Darlehnskassen (rund 44 000 Mk.) und zur Deckung der Verbindlichkeiten des Reichs aus einer während des Krieges übernommenen Garantie bei Tabak-fabrikanten (85 Millionen).

Ueberteuerung der Feuerungszulagen. Der Staatshaushalts-Ausschuß der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich mit den Anträgen, die dahingehen, die Feuerungszulagen der Privatangestellten ebenso wie die der Staatsangestellten steuerfrei zu lassen oder 25 Prozent des Gesamteinkommens nicht zur Steuer heranzuziehen. Die Regierung bekämpfte diese Anträge, die nach einer Berechnung des Finanzministeriums dem Staate einen Ausfall von 41—42 Millionen Mk. bringen würden. Sie erklärte, daß die Steuerfreiheit der Beamten bezüglich der Feuerungszulagen am 1. April 1920 in Fortfall komme, da das Reich bei der Uebernahme der Steuerverwaltung alle Beamten-Privilegien beseitigen wolle. Daraufhin erklärte der Ausschuß die Anträge für erledigt, zumal auch die Gemeinden durch diese Anträge 120 Millionen Mk. einbüßen würden. Staat und Gemeinde könnten zurzeit keine Steuer-Einnahmen entbehren.

Der Haushalt des Reichspräsidenten. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung genehmigte das Gehalt des Reichspräsidenten einstimmig in der Form, daß das Gehalt auf 100 000 Mk. und die Gesamtausgaben auf rund 600 000 Mk. (im Voranschlag 704 000 Mk.) ermäßigt wurden. Darin sind 100 000 Mk. zur

freien Disposition des Präsidenten eingerechnet. Rechnung vorzulegen ist. Das Büro des Präsidenten soll einen Leiter des Büros und anstatt der bisherigen vortragenden Räte drei Referenten.

Die Streiklage in Berlin. Seit sich die Siemenswerke vollständig stillgelegt haben, sind 344 000 Arbeiter und Arbeiterinnen müßig. Der Streik von kaum 100 Betzern und Maschinisten hat bei den übrigen großen Werken in Berlin und in anderen Orten die Zahl der Arbeiter, die infolge der Streiks entlassen werden müssen, beständig. Zur Stunde sind 100 000 Arbeiter von dem Streik betroffen.

Aus der Ostmark. In letzter Zeit ist der Abschnitt von Thorn bis zur Nehe geschlossen. Die polnische Patrouillenvorhölle gegen die Stellung der Infanteriedivision und Tauerbeschießung Klein-Opol verlegt worden. Wiederholt haben schen militärischen Stellen einen Austausch von zur Ueberwachung bestimmter Frontteile angeordnet, auf dem Wege unmittelbarer Verständigung der Waffenstillstandsverletzungen zu vermeiden. Die Regierung hat sich nunmehr mit einer Note an die und assoziierten Mächte gewandt, in der diese die Verletzung der vorstehenden Tatsachen gebeten wurden, politischen Kommandostrukturen dahin zu wirken, die deutschen kritischen Vorschläge zur Beilegung der Streitigkeiten eingehen.

Partei-politisches.

Aus der Deutschen Volkspartei. Der führende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat die Sitzung eines Parteitag nach Leipzig auf den 20. Oktober beschlossen. Im Mittelpunkt der Tagung wird die Beschlußfassung über das Programm der Volkspartei stehen. Am 4. und 5. Oktober wird in a. M. eine Wahlkreisversammlung der Deutschen Volkspartei in der Provinz Hessen-Nassau stattfinden, die sich mit den stehenden Parteitag und Organisationsfragen beschäftigen. Ueber die politische Lage wird voraussichtlich der Abg. Dr. Stresemann Bericht erstatten.

Frankreich.

Nach dem neuen Dienstpflichtgesetz. Die aktive Dienstzeit auf ein Jahr beschränkt, wird ein Heer mit einer Friedensstärke von 350 000 Mann sein. Die Kriegsstärke beträgt 1,300 000 Mann mit Reserve von weiteren 2 Millionen Mann. Streikwieder der 21. Division werden, die sich jetzt befindet. Die Truppen an der Ostgrenze werden, die im Innern des Landes aus einer, sondern in aktiven Divisionen bestehen. Die Kavallerie wird Divisionen herabgesetzt.

Gegen eine Anzeigensteuer.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat Reichsfinanzminister Ergberger nachstehende Protest richtet: Da es Eurer Excellenz heute morgen möglich war, die Unterzeichneten zu empfangen, so hiermit im Namen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch einmal nachdrücklich Protest ein gegen eine besondere Besteuerung des Anzeigenteils der Zeitungen. Eine solche Ausnahmebesteuerung der Zeitungen ist ungerecht, da, n. sie würde die von den Zeitungen schon stark gedrückten Zeitungen auf die leichte treffen. Zumal die Umlagerung der Anzeigenredaktionen auf die bisherige Integrität der Zeitungen aufschweren würde. Der Sonderbesteuerung unheimliche Zulegerung vieler Zeitungen würde überdies ein ernstes Verstoß der Allgemeinheit aufs tiefste berühren.

Zur Frage der Herstellung von besseren

Bei der Regierung in Kassel haben jüngst Verleger um wichtige Fragen der Volksernährung, die dem besetzten und unbefestigten Gebiet im Osten entstanden sind und die, namentlich so weit die in Betracht kommt, hier allgemeines Interesse verdienen. Handwerkskammer war dabei durch ihre Vizepräsidenten Sander (Wiesbaden) und Pfeiffer (Frankfurt) vertreten. Zunächst ließ wie das „Wiesb. Ztbl.“ schreibt, sich in der Sitzung ein Vorschlag zur Herstellung von besseren, welches einen Verlust, der in die Millionen geht, haben soll, denn es sind allein an Zigaretten von 1,5 Milliarden eingeführt worden. Sander (Wiesbaden) machte in dieser Sitzung einen Vorschlag, der, wenn er angenommen würde, manche Klage verstummen lassen würde. Er schlug vor, die Nationierung in der Art zu ändern, daß jeder nachher statt des Mehles das unermahnte, de geliefert und ihnen das Auswählen selbst überlassen. In Wiesbaden und wahrscheinlich vielfach auch anderswo, nämlich zur Zeit absolut kein Mangel an Brot, ein Ueberfluß vorhanden. Es wäre demgemäß hier die Möglichkeit einer Verbesserung der Qualität des Brotes, die dringend erwünscht wäre, ohne die Nationierungsquote zu erhöhen und ohne unter der dasquante zu bleiben. Eine Folge der Annahme des Vorschlags würde also nicht nur eine Verbesserung der Qualität der Nahrungsmittel, sondern eine erhebliche Erhöhung der Milchproduktion infolge der Möglichkeit der Befütterung von nur 1 Pferd pro Tag eine Vermehrung der Milchproduktion um 20 im Gefolge hätte. Der Vorschlag Sander fand demnach weitestgehende Beachtung und soll an das Reichswirtschaftsministerium weitergegeben werden. In der letzten



Osramwerke G. m. b. H.

